

Was kann man heute schon über die deutsche Wiedervereinigung sagen? Über die innerpolitischen Voraussetzungen? Über die Bedingungen der Staatenwelt, die entschieden dazu beitrugen, daß Deutschland eine „zweite Chance“ erhielt? Klaus Hildebrand, einer der besten Kenner der Materie, beschreibt die Wege der bisherigen Forschung, benennt die Probleme, die sich dabei stellten, und eröffnet neue Perspektiven. Vor allem, so Hildebrand, hätten nach der Erfahrung der Wiedervereinigung biographische und politikgeschichtliche Ansätze eine Aufwertung erfahren, während „kulturalistische“ Zugänge zur Geschichte ihm wenig erfolgversprechend erscheinen.

Klaus Hildebrand

Wiedervereinigung und Staatenwelt

Probleme und Perspektiven der Forschung zur deutschen Einheit 1989/90

Wege und Erträge der Forschung

„Die Tragödie der Einzelnen endet mit dem Tode“, schreibt der Romanist Ernst Robert Curtius in einer am 9. Oktober 1925 in der „Luxemburger Zeitung“ veröffentlichten Rezension über die Biographie Kaiser Wilhelms II. aus der Feder von Emil Ludwig, „die Tragödie der Nationen kennt Auferstehungen“¹. Diese „zweite Chance“² ist den Deutschen am Ende des zurückliegenden Jahrhunderts zuteil geworden. Kein Wunder, daß die säkularen Begebenheiten der Jahre 1989/90 umgehend die bevorzugte Aufmerksamkeit der Geschichts- und Politikwissenschaft gefunden haben. Im Verlauf eines „Annus Mirabilis“³, in jenen „329 Tage[n]“⁴ zwischen dem 9. November 1989, als die Berliner Mauer geöffnet wurde, und dem 3. Oktober 1990, als die Deutschen ihre Wiedervereinigung feiern konnten, trug sich in der Tat mehr zu „als üblicherweise in zehn Jahren“⁵. Mit Recht ist daher festgestellt worden, daß „wohl kaum ein Thema [...] in den neunziger Jahren so ausführlich Gegenstand von Dokumentationen, Memoiren und Monographien gewesen [ist] wie die Frage der Überwindung der Spaltung

¹ Ernst Robert Curtius, Goethe, Thomas Mann und Italien. Beiträge in der „Luxemburger Zeitung“ (1922–1925), hrsg. von Romain Kirt, Bonn 1988, S. 133.

² Fritz Stern, Die zweite Chance. Die Wege der Deutschen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26. 7. 1990.

³ Karl Dietrich Bracher, Wendezeiten der Geschichte. Historisch-politische Essays 1987–1992, Stuttgart 1992, S. 329; vgl. auch Wolfgang Mantl (Hrsg.), Die neue Architektur Europas. Reflexionen in einer bedrohten Welt, Wien/Köln/Graz 1991, S. 285 („Erklärung von Stainz. 15. September 1990“), sowie Elizabeth Pond, Beyond the Wall. Germany's Road to Unification, New York 1993, S. 85.

⁴ Vgl. Horst Teltschik, 329 Tage. Innenansichten der Einigung, Berlin 1991.

⁵ Timothy Garton Ash, Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent, München/Wien 1993, S. 502.

Europas und der deutschen Einheit⁶. Ebenso zutreffend ist freilich auch die Feststellung, wonach „viele Schlüsselfiguren und Zeugen [...] ihre Version der Vorgänge noch nicht abgeliefert“ haben und „die meisten Dokumente [...] unzugänglich“⁷ sind.

Daß die Erforschung der beinahe noch zur Gegenwart gehörenden Vergangenheit, die nur auf eine arg begrenzte Benutzung staatlicher Archivalien zu zählen vermag, unmittelbar einsetzt, während die umfassende Auswertung dieser Quellen, die dann auch im internationalen Kontext heranzuziehen sind, erst Jahrzehnte später beginnen kann, ist für den Historiker allerdings gar nichts Außergewöhnliches. Als beispielsweise Heinrich von Sybel im Jahr 1889 den ersten Band seiner siebenbändigen, bis 1894 vollendeten Darstellung „Die Begründung des Deutschen Reiches durch Wilhelm I. Vornehmlich nach den preußischen Staatsacten“ vorlegte, da informierte er, nicht ohne spürbare Genugtuung, den geneigten Leser darüber, daß ihm Fürst Bismarck unter dem Datum des 19. März 1881 „die Erlaubniß“ erteilt habe, „die Bestände der Staatsarchive, sowie die Registratur des Auswärtigen Amtes zu benutzen“⁸. Mehr noch: Der preußische Historiker des vorletzten Jahrhunderts wußte sich zudem, wie es in der Zeitgeschichtsschreibung seit den Tagen des Thukydides üblich ist, der Möglichkeiten von Zeugeinlassungen zu bedienen. Was uns heute als „oral history“ vertraut ist, wurde damals als Auswertung „mündliche[r] Mittheilungen der an den Ereignissen mitwirkenden oder ihnen nahestehenden Personen“⁹ vorgestellt. Und für Heinrich von Sybel ebenso selbstverständlich wie für uns heißt es sodann im Hinblick auf das vorläufige Veto der amtlichen Sperrfristen ganz lapidar weiter: „Um die Benutzung anderer Archive habe ich mich aus dem einfachen Grunde nicht bemüht, daß für die Gewährung eines solchen Gesuchs nicht die mindeste Aussicht vorhanden war.“¹⁰ Das ist in unseren Tagen, mit gewissen Ausnahmen im einzelnen, auch noch so, ohne Rücksicht übrigens auf den elementaren Unterschied der historischen Vorgänge, wonach sich „im Gegensatz zu Bismarcks Vereinigung von 1871 [...] die Entwicklung der Jahre 1989 und 1990 ohne ‚Blut und Eisen‘“¹¹ vollziehen konnte.

Im Hinblick auf das eine ebenso wie im Hinblick auf das andere Großereignis der neueren Geschichte, die so eng miteinander verwandt und gleichwohl durch Welten voneinander getrennt sind, schreitet die Geschichtswissenschaft also nach der Methode voran, die seit eh und je gültig ist. Mit anderen Worten: Ungeachtet der erst allmählich verfügbaren Archivalien geht es darum, sich umgehend an

⁶ Stefan Fröhlich, „Auf den Kanzler kommt es an“: Helmut Kohl und die deutsche Außenpolitik. Persönliches Regiment und Regierungshandeln vom Amtsantritt bis zur Wiedervereinigung, Paderborn u. a. 2001, S. 262.

⁷ Garton Ash, Im Namen Europas, S. 502 f.

⁸ Heinrich von Sybel, Die Begründung des Deutschen Reiches durch Wilhelm I. Vornehmlich nach den preußischen Staatsacten, Erster Band, München/Leipzig 1889, S. XI.

⁹ Ebenda, S. XII.

¹⁰ Ebenda.

¹¹ Karl Kaiser, Deutschlands Vereinigung. Die internationalen Aspekte. Mit den wichtigen Dokumenten, bearbeitet von Klaus Becher, Bergisch Gladbach 1991, S. 30.

die Sammlung der einschlägigen Quellen, an die Rekonstruktion der historischen Tatsachen und an die Deutung der geschichtlichen Zusammenhänge zu begeben.

Dabei pflegen sich die sattsam bekannten Argumente über die Erforderlichkeit von Nähe oder Distanz des Historikers zu seinem Untersuchungsobjekt gleichfalls ein um das andere Mal zu wiederholen: Die einen nämlich behaupten, über den Gegenstand könne nur urteilen, wer dabeigewesen sei, während die anderen dagegenhalten, ein Urteil sei überhaupt erst möglich, wenn eine genügend lange Zeit verstrichen sei. Das eine ist wohl so richtig und so falsch wie das andere. Zutreffend, weil seit langem bewährt, ist vielmehr dies: Das späte Urteil, das in zuweilen überlegener Manier bis dato unbekannte Fragen sowie unvermutete Perspektiven zu berücksichtigen imstande ist, setzt die frühe Forschung einfach als notwendig voraus, die im gegenwartsbezogenen Rahmen so viel wie eben möglich und sinnvoll an verfügbarem Material zu sichern bemüht war.

Für diese Art der geschichtswissenschaftlichen Grundlagenforschung sind im übrigen die augenfälligen Parallelen ebenso wie die wesentlichen Unterschiede der beiden Nationalstaatsgründungen, der von 1870/71 und der von 1989/90, erst einmal gar nicht weiter maßgeblich, so aufschlußreich sie im übrigen für die historiographische Deutung auch sein mögen¹²: Im 19. Jahrhundert wurde die deutsche Reichsgründung bereits lange erwartet und kam schließlich doch mit unvermuteter Plötzlichkeit daher; im 20. Jahrhundert galt die deutsche Wiedervereinigung im Grunde längst als unwahrscheinlich und vollzog sich dann doch wie ein unaufhaltsames Naturereignis gleichsam von heute auf morgen. Beide Male setzte sogleich eine Debatte darüber ein, wie man das Ergebnis dieser säkularen Entwicklung bzw. den damit verbundenen Vorgang nun eigentlich benennen solle. Im 19. Jahrhundert wurde der Begriff vom Reich vor allem von konservativer Seite aus argwöhnisch betrachtet; gut 100 Jahre später traf der Begriff der Wiedervereinigung dagegen eher auf Vorbehalte von seiten „fortschrittlicher“ Zeitgenossen. Einwände gegen die erste Nationalstaatsgründung wurzelten eher im Umfeld der Tradition, Einwände gegen die zweite Nationalstaatsgründung gab es dagegen stärker im Lager der Linken.

Und das Volk, das bei der „unbeabsichtigten Selbstauflösung“¹³ der DDR ebenso wie im Zusammenhang mit der forcierten Einheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland und der Staatenwelt eine bewegende Rolle gespielt hat, ist als geschichtsmächtiger Faktor auch schon im Verlauf der deutschen Reichsgründung im 19. Jahrhundert auf spezifische Art und Weise hervorgetreten: Seit den denkwürdigen Begebenheiten der Luxemburger Krise vom Jahr 1867, als Bismarck unter dem Druck des Norddeutschen Reichstags und der nationalen Öffentlichkeit das preußische Element seiner äußeren Politik hinter das deutsche

¹² Vgl. dazu auch Horst Möller, Die Überwindung der Teilung Deutschlands: Zukunftschancen in historischer Perspektive, in: Angela Merkel (Hrsg.), Europa und die deutsche Einheit, Freiburg/Basel/Wien 2000, bes. S. 67–71.

¹³ Vgl. Hans-Hermann Hertle, Der Fall der Mauer. Die unbeabsichtigte Selbstauflösung des SED-Staates, Opladen/Wiesbaden, 2., durchgesehene Auflage, 1999.

zurücktreten ließ und die zukunftsweisende Koalition mit der nationalen Bewegung einging, war der populäre Einfluß auf das staatliche Handeln gar nicht mehr zu verkennen, geschweige denn zu unterschätzen¹⁴.

Gleichwohl blieben, im 19. ebenso wie im 20. Jahrhundert, die Aktionen und Reaktionen der großen Mächte für den Gang der Dinge letztlich ausschlaggebend. Das waren – neben Preußen bzw. Preußen-Deutschland selbst, das damals zum Areopag der Staatenwelt gehörte – zum einen die Franzosen, die sich der Reichsgründung schließlich sogar mit kriegerischen Mitteln entgegenstellten und die sich zur Wiedervereinigung nur ein bedingtes Einverständnis abringen ließen. Das waren zum anderen die Briten, die 1870/71, voll Vertrauen in die eigene Stärke und in ihre zivilisatorische Überlegenheit, dem deutschen Einigungsvorgang schöpferisch begegneten, während sie in unseren Tagen, unverkennbar viel schwächer und durch leidvolle Erfahrungen mit den Deutschen argwöhnisch geworden, die fundamentale Veränderung in der Mitte Europas ablehnten. Das waren zum dritten die Russen, die den preußischen Nachbarn damals aus dem Empfinden selbstgewisser Überlegenheit heraus erst einmal ruhig gewähren ließen und denen am Ende des darauf folgenden Jahrhunderts angesichts voranschreitender Unterlegenheit gegenüber dem Westen, wollten sie es im Inneren und nach außen nicht zum Äußersten kommen lassen, nichts anderes als Zustimmung zu bekunden übrig blieb. Und das waren schließlich die Amerikaner, die seinerzeit aus desinteressierter Unbetroffenheit heraus den Vollzug der nationalen Einheit in Deutschland verfolgten und die im Saeculum darauf mit nicht zu überbietendem Interesse und durch den klugen Einsatz ihrer singulären Macht den Prozeß der Wiedervereinigung entscheidend gestaltet haben. Dagegen ist von der fünften Großmacht der Pentarchie des späten 19. Jahrhunderts, von Österreich-Ungarn, die 1870/71 aus inneren und internationalen Gründen gar keine andere Chance hatte, als sich mit dem abzufinden, was sich bei dem übermächtigen Nachbarn im Norden tat, nur noch ein in vielfach gewandelter Form existierender Kleinstaat übrig geblieben, der auf seine Unabhängigkeit und Neutralität bedacht, mit gespannter Aufmerksamkeit, aber auch mit verständlichem Mißtrauen das beobachtet hat, was sich im Zentrum des alten Kontinents so abrupt vollzog.

Doch wie gesagt: Jenseits dieser Unterschiede und Gemeinsamkeiten zweier Nationalstaatsgründungen in Deutschland, welche „Die Historiker und die deutsche Frage“¹⁵ so zentral beschäftigen, geht die Grundlagenforschung in bezug auf das eine ebenso wie in bezug auf das andere Gründungsereignis ihren normalen Weg, der freilich im Hinblick auf „1870/71“ und „1989/90“ charakteristische Unterschiede aufweist: In weit fortgeschrittener und zunehmend differenzierter Form untersucht die Geschichtswissenschaft inzwischen Otto von Bismarcks Reichsgründung, wenn man sich beispielsweise vor Augen führt, daß der wissen-

¹⁴ Vgl. dazu Winfried Baumgart, *Europäisches Konzert und nationale Bewegung. Internationale Beziehungen 1830–1878*, Paderborn u.a. 1999, S. 391.

¹⁵ Wilfried Loth, *Die Historiker und die Deutsche Frage. Ein Rückblick nach dem Ende des Kalten Krieges*, in: *Historisches Jahrbuch 112* (1992), Zweiter Halbband, S. 366.

schaftliche Fortschritt es mittlerweile erforderlich gemacht hat, die klassische „Friedrichsruher Ausgabe“ der Schriften des Reichskanzlers neu zu edieren¹⁶. In gerade erst einsetzender und bevorzugt sammelnder sowie rekonstruierender Form nähert sich die Historiographie dagegen der Geschichte der Wiedervereinigung, deren vorläufige Resultate es nunmehr näher zu betrachten gilt.

Der Ertrag dieser seit einer Dekade aufgenommenen Arbeit der Geschichts- und Politikwissenschaft ist, lediglich auswahlweise und beileibe nicht vollständig erwähnt, durchaus stattlich. An erster Stelle zu nennen ist ohne Zweifel die von Hanns Jürgen Küsters und Daniel Hofmann „Aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90“ publizierte Sonderedition „Deutsche Einheit“¹⁷. Nicht zuletzt die von Hanns Jürgen Küsters verfaßte „Einführung“: „Entscheidung für die deutsche Einheit“, die monographischen Charakter besitzt, ist für die Entwicklung der einschlägigen Forschung wegweisend. Daß dieser Aktenedition aus den amtlichen Beständen der Bundesrepublik Deutschland bis dato keine entsprechenden Veröffentlichungen anderer Staaten, die am Vorgang der Wiedervereinigung beteiligt waren, zur Seite zu stellen sind, unterstreicht ihren vorläufig ausnahmhafte Wert.

Von den reichhaltigen, in sich ganz unterschiedlichen Materialien veröffentlichter Herkunft einmal abgesehen¹⁸, stehen inzwischen zahlreiche Selbstzeugnisse und Zeugnisse der 1989/90 für die Weltpolitik Verantwortlichen zur Verfügung – das gilt für George Bush¹⁹ und Michail Gorbatschow²⁰, für François Mitterrand²¹, Margaret Thatcher²² und Helmut Kohl²³; für die Außenminister James Baker²⁴, Eduard Schewardnadse²⁵ und Hans-Dietrich Genscher²⁶; für einflußreiche Mitarbeiter und Berater, die nur ganz beispielhaft aufgeführt werden, wie Robert L. Hut-

¹⁶ Die „Neue Friedrichsruher Ausgabe“ wird von der Otto-von-Bismarck-Stiftung, Friedrichsruh, vorbereitet.

¹⁷ Vgl. Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90, bearbeitet von Hanns Jürgen Küsters und Daniel Hofmann, München 1998. – Da Quellen und Literatur im folgenden nur beispielhaft erwähnt werden, sei auf die entsprechenden Berichte und Belege vor allem in der unter den Anmerkungen 17, 42, 45, 48, 49, 50, 53, 68 und 78 benannten Literatur verwiesen.

¹⁸ Vgl. dazu beispielsweise Ines Lehmann, Die deutsche Vereinigung von außen gesehen. Angst, Bedenken und Erwartungen in der ausländischen Presse, 3 Bände, Frankfurt a. M. u. a. 1996–2001.

¹⁹ Vgl. George Bush/Brent Scowcroft, A World Transformed, New York 1998, und George Bush, All the Best, George Bush. My Life in Letters and Other Writings, New York 1999.

²⁰ Vgl. Michail Gorbatschow, Erinnerungen, Berlin 1995, und ders., Wie es war. Die deutsche Wiedervereinigung, München 2000.

²¹ Vgl. François Mitterrand, Über Deutschland, Frankfurt a. M./Leipzig 1996.

²² Vgl. Margaret Thatcher, Downing Street No. 10. Die Erinnerungen, Düsseldorf/Wien/New York/Moskau 1993. Vgl. in diesem Zusammenhang auch Gordon A. Craig, Die Chequers-Affäre von 1990. Beobachtungen zum Thema Presse und internationale Beziehungen, in: VfZ 39 (1991), S. 611–623.

²³ Vgl. Helmut Kohl, „Ich wollte Deutschlands Einheit“, dargestellt von Kai Diekmann und Ralf Georg Reuth, Berlin 1996.

²⁴ Vgl. James A. Baker, Drei Jahre, die die Welt veränderten. Erinnerungen, Berlin 1996.

²⁵ Vgl. Eduard Schewardnadse, Die Zukunft gehört der Freiheit, Reinbek bei Hamburg 1991.

²⁶ Vgl. Hans-Dietrich Genscher, Erinnerungen, Berlin 1995.

chings²⁷ und Vernon Walters²⁸ auf amerikanischer, Anatoli Tschernajew²⁹ und Valentin Falin³⁰ auf sowjetischer, Jacques Attali³¹ und Hubert Védrine³² auf französischer, George Urban³³ auf britischer und Horst Teltchik³⁴ auf deutscher Seite – ohne auf die diversen Äußerungen aus der Feder jener Statthalter der Sowjetunion in deren deutscher Satrapie im einzelnen einzugehen, die mit jeweils ganz unterschiedlichen Empfindungen auf den „Absturz“³⁵ dieses staatlichen Kunstgebildes der zweiten Nachkriegszeit des 20. Jahrhunderts zurückgeblickt haben.

Nicht zu vergessen sind schließlich auch die Darstellungen von seiten jener Staatsmänner und Politiker, die zwar nicht unmittelbar am großen Geschehen beteiligt waren und dieses gleichwohl so maßgeblich durch ihr teilweise beherrschtes Handeln mit beeinflusst haben – allen anderen voran erwähnt seien in diesem Zusammenhang die „Erinnerungen des ungarischen Außenministers, der den Eisernen Vorhang öffnete“, also die Memoiren von Gyula Horn³⁶. Gleichfalls zu beachten sind, im Rahmen einer Betrachtung über die deutsche Frage vor dem Hintergrund, ja im Banne der internationalen Politik allerdings nur in nachgeordneter Art und Weise, diejenigen Beiträge von Verantwortlichen, die über den inneren Vorgang der Einheit, über jene „Tage, die Deutschland und die Welt veränderten“³⁷, Auskunft geben: Sie berichten beispielsweise davon, wie „Der Vertrag“³⁸ über die Vereinigung zwischen den beiden deutschen Staaten zustande gekommen und durch welche Verhandlungen „die Deutsche Einheit“ im einzelnen ermöglicht worden ist.

Unverzichtbar für das Verständnis des Gesamten sind schließlich die Überlieferungen von Beteiligten, die zum „2 + 4“-Prozeß vorgelegt worden sind und „Die Verhandlungen über die äußeren Aspekte der Herstellung der deutschen Einheit“³⁹ dokumentieren: Sie sind, was die operationalen Probleme angeht, geeig-

²⁷ Vgl. Robert L. Hutchings, *Als der kalte Krieg zu Ende war. Ein Bericht aus dem Innern der Macht*, Berlin 1999.

²⁸ Vgl. Vernon A. Walters, *Die Vereinigung war voraussehbar. Hinter den Kulissen eines entscheidenden Jahres. Aufzeichnungen des amerikanischen Botschafters*, Berlin 1994.

²⁹ Vgl. Anatoli Tschernajew, *Die letzten Jahre einer Weltmacht. Der Kreml von innen*, Stuttgart 1995.

³⁰ Vgl. Valentin Falin, *Politische Erinnerungen*, München 1993, und ders., *Konflikte im Kreml. Zur Vorgeschichte der Deutschen Einheit und Auflösung der Sowjetunion*, München 1997.

³¹ Vgl. Jacques Attali, *Verbatim, Band 3: Chronique des années 1988–1991*, Paris 1995.

³² Vgl. Hubert Védrine, *Les mondes de François Mitterand. À l'Élysée 1981–1995*, Paris 1996.

³³ Vgl. George R. Urban, *Diplomacy and Disillusion at the Court of Margaret Thatcher. An Insiders View*, London/New York 1996.

³⁴ Teltchik, 329 Tage.

³⁵ Vgl. Günter Schabowski, *Der Absturz*, Berlin 1991.

³⁶ Vgl. Gyula Horn, *Freiheit, die ich meine. Erinnerungen des ungarischen Außenministers, der den Eisernen Vorhang öffnete*, Hamburg 1991.

³⁷ Vgl. Theo Waigel/Manfred Schell, *Tage, die Deutschland und die Welt veränderten. Vom Mauerfall zum Kaukasus. Die deutsche Währungsunion*, München 1994.

³⁸ Vgl. Wolfgang Schäuble, *Der Vertrag. Wie ich über die Deutsche Einheit verhandelte*, Aktualisierte Taschenbuchausgabe, München 1993.

³⁹ Vgl. „2 + 4“. *Die Verhandlungen über die äußeren Aspekte der Herstellung der deutschen Einheit. Eine Dokumentation*, hrsg. vom Auswärtigen Amt, Köln 1991.

net, die Verwirklichung der strategischen Grundentscheidungen zu illustrieren, also jene Meisterleistung der Diplomatie anschaulich zu machen, die Karl Kaiser in seiner früh veröffentlichten Abhandlung „Deutschlands Vereinigung. Die internationalen Aspekte“⁴⁰ so eindrucksvoll erklärt hat und die tatsächlich als ein „Glücksfall von Staatskunst“⁴¹ gelten darf.

Überhaupt können wir binnen erstaunlich kurzer Frist bereits auf Darstellungen zählen, die den Stand unserer Kenntnis verlässlich, wenn auch nicht im entfernten definitiv, reflektieren. Das gilt vor allem für Philip Zelikows und Condoleeza Rices Klassiker „Sternstunde der Diplomatie. Die deutsche Einheit und das Ende der Spaltung Europas“⁴², aber auch für Elizabeth Ponds Werk „Beyond the Wall. Germany's Road to Unification“⁴³, die beide der amerikanischen Haltung zum deutschen Problem intensive Beachtung schenken. Dazu gehören ebenso Hannes Adomeits eingehende Untersuchung „Imperial Overstretch: Germany in Soviet Policy from Stalin to Gorbachev“⁴⁴ und Rafael Biermanns wegweisende Studie „Zwischen Kreml und Kanzleramt. Wie Moskau mit der deutschen Einheit rang“⁴⁵, welche die Entwicklung der deutschen Frage aus der sowjetischen Perspektive betrachten. Dazu zählt auch, nicht zuletzt weil ihm ansonsten verschlossene Akten aus dem „Serail der Macht“ des französischen Staatspräsidenten zur Verfügung standen, Tilo Schaberts Monographie „Wie Weltgeschichte gemacht wird. Frankreich und die deutsche Einheit“⁴⁶. Sie interpretiert François Mitterrands zwischen der Ablehnung einer deutschen Wiedervereinigung und ihrer Befürwortung heftig schwankende Politik, einige Grade zu stark, im Sinne eines langfristig entworfenen Plans, wonach die „Sphinx“ im Élysée-Palast schon vergleichsweise früh mit dem sich wie natürlich vollziehenden Vorgang der deutschen Einheit einverstanden gewesen sei. Bleibt schließlich noch der Hinweis auf Norbert Himmels Dissertation „Zwischen Macht und Mittelmaß. Großbritanniens Außenpolitik und das Ende des Kalten Krieges“⁴⁷, die dem erbitterten Abwehrkampf der englischen Premierministerin Margaret Thatcher gegen das am Ende dennoch Unvermeidliche ihre zentrale Aufmerksamkeit schenkt.

⁴⁰ Vgl. Kaiser, *Deutschlands Vereinigung*.

⁴¹ Richard Kiessler/Frank Elbe, *Ein runder Tisch mit scharfen Ecken: Der diplomatische Weg zur deutschen Einheit*, Baden-Baden 1993, S. 14.

⁴² Vgl. Philip Zelikow/Condoleeza Rice, *Sternstunde der Diplomatie. Die deutsche Einheit und das Ende der Spaltung Europas*, Berlin 1997.

⁴³ Vgl. Pond, *Beyond the Wall*.

⁴⁴ Vgl. Hannes Adomeit, *Imperial Overstretch: Germany in Soviet Policy from Stalin to Gorbachev. An Analysis Based on New Archival Evidence, Memoirs, and Interviews*, Baden-Baden 1998.

⁴⁵ Vgl. Rafael Biermann, *Zwischen Kreml und Kanzleramt. Wie Moskau mit der deutschen Einheit rang*, Paderborn/München/Wien/Zürich 1997.

⁴⁶ Vgl. Tilo Schabert, *Wie Weltgeschichte gemacht wird. Frankreich und die deutsche Einheit*, Stuttgart 2002.

⁴⁷ Vgl. Norbert Himmeler, *Zwischen Macht und Mittelmaß. Großbritanniens Außenpolitik und das Ende des Kalten Krieges. Akteure, Interessen und Entscheidungsprozesse der britischen Regierung 1989/90*, Berlin 2001.

Wie aus revolutionären Unberechenbarkeiten politische Evolution wurde, wie die kriegerischen Gefahren, die besonders dann drohen, wenn Imperien zerbrechen, gezähmt und gestaltet, ja für die Lösung der deutschen Frage schöpferisch genutzt wurden, hat vor allem die deutsche Geschichts- und Politikwissenschaft beschäftigt: Die Veröffentlichungen zählen inzwischen Legion. Wegen ihres privilegierten Zugangs zu den Materialien des Bundeskanzleramtes hervorzuheben ist zum einen die „Geschichte der Deutschen Einheit“, die in vier qualitativ sehr unterschiedlichen Bänden vorliegt: Was die Frage der Wiedervereinigung im Kontext der Staatenwelt angeht, so hat Karl-Rudolf Korte in dieser Serie die „Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft“⁴⁸ und Werner Weidenfeld die „Außenpolitik für die deutsche Einheit“⁴⁹ dargestellt. Hinzuweisen ist aber auch auf die einschlägigen Teile der gedankenreichen Monographie von Hanns Jürgen Küsters „Der Integrationsfriede. Viermächte-Verhandlungen über die Friedensregelung mit Deutschland 1945–1990“⁵⁰, welche die spezifische Lösung der deutschen Frage jenseits der herkömmlichen Konzepte eines Friedensvertrages umfassend untersucht. Zu beachten sind ferner, weil sie den einschlägigen Stand unserer Kenntnis perspektivenreich und deutungsstark abhandeln, die entsprechenden Passagen in den Werken von Heinrich August Winkler „Der lange Weg nach Westen“⁵¹, von Peter Graf Kielmansegg „Nach der Katastrophe“⁵² und, last but by no means least, von Andreas Rödter „Die Bundesrepublik Deutschland 1969–1990“⁵³. Daß sich die geschichtswissenschaftliche Aufgabe zu sammeln, zu rekonstruieren und zu interpretieren beileibe nicht nur nacheinander und getrennt voneinander vollziehen muß, sondern vielmehr gleichzeitig und uno actu voranschreiten kann, wird in dieser letztgenannten Darstellung überzeugend demonstriert – zumal sie ungeachtet ihrer luziden Interpretation immer wieder zu erkennen gibt, was die österreichische Historikerin Grete Klingenstein unlängst so umschrieben hat: „Der Diskurs der Wissenschaft lebt im wesentlichen vom Rekurs auf die Quellen.“⁵⁴

⁴⁸ Vgl. Karl-Rudolf Korte, *Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft. Regierungsstil und Entscheidungen 1982–1989*, Stuttgart 1998; Dieter Grosser, *Das Wagnis der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion: Politische Zwänge im Konflikt mit ökonomischen Regeln*, Stuttgart 1998; Wolfgang Jäger, *Die Überwindung der Teilung: Der innerdeutsche Prozeß der Vereinigung 1989/90*, Stuttgart 1998.

⁴⁹ Vgl. Werner Weidenfeld mit Peter M. Wagner und Elke Bruck, *Außenpolitik für die deutsche Einheit. Die Entscheidungsjahre 1989/90*, Stuttgart 1998.

⁵⁰ Vgl. Hanns Jürgen Küsters, *Der Integrationsfriede. Viermächte-Verhandlungen über die Friedensregelung mit Deutschland 1945–1990*, München 2000, S. 801–898.

⁵¹ Vgl. Heinrich August Winkler, *Der lange Weg nach Westen*, Band 2: *Deutsche Geschichte vom „Dritten Reich“ bis zur Wiedervereinigung*, München 2000, S. 481–639.

⁵² Vgl. Peter Graf Kielmansegg, *Nach der Katastrophe. Eine Geschichte des geteilten Deutschland*, Berlin 2000, S. 661–674.

⁵³ Vgl. Andreas Rödter, *Die Bundesrepublik Deutschland 1969–1990*, München 2004, S. 95–105 u. S. 142–156.

⁵⁴ Grete Klingenstein/Fritz Fellner/Hans Peter Hye (Hrsg.), *Umgang mit Quellen heute. Zur Problematik neuzeitlicher Quelleneditionen vom 16. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, Wien 2003, S. 11.

Probleme der Forschung

Welche zentralen Probleme der Geschichte der deutschen Einheit, deren Verlauf inzwischen, so weit wie möglich, nachgezeichnet worden ist, stehen im Zentrum der wissenschaftlichen und öffentlichen Debatte?

1. Hin und her geht die Auseinandersetzung um die Begrifflichkeit dessen, was sich 1989/90 in Deutschland vollzog. Um die Distanz zur schwierigen, ja belasteten Vergangenheit des Bismarck-Reiches zu betonen, wird anstelle von Wiedervereinigung zuweilen ganz bewußt von „Neu-Vereinigung“ oder einfach nur von „Vereinigung“ und auch, neutral sowie unbestreitbar, von „deutscher Einheit“⁵⁵ gesprochen. Obwohl die Motive für eine solche Wortwahl verständlich sind, erfassen diese Begriffe doch kaum den „konstitutiven Rückbezug“ des nationalstaatlichen Einigungsvorgangs, nämlich „die wenn auch partielle Wiederherstellung eines früheren territorialen Zustands“⁵⁶. Er hat ungeachtet der sich seit 1871 stetig wandelnden und inzwischen gründlich veränderten inneren Verfaßtheit Deutschlands nichts zu tun mit einem „neuartigen Zusammenschluß“⁵⁷. Im Gegenteil: Die Wiederherstellung des gespaltenen Nationalstaats hat dem deutschen Einigungsvorgang „seine innere wie äußere Legitimität“⁵⁸ verliehen und findet im Begriff der Wiedervereinigung angemessenen Ausdruck – zumal nach der endgültigen Anerkennung der deutschen Ostgrenze und dem definitiven Verzicht auf die Polen und der Sowjetunion bzw. Rußland im Gefolge des Zweiten Weltkriegs zuerkannten Ostgebiete des „Vergangenen Reiches“ der Begriff auch in politischer Hinsicht inzwischen als korrekt gelten kann⁵⁹.
2. Ob sich die deutsche Wiedervereinigung gegen den Strom der Zeit, gegen Globalisierung, Europäisierung und Westernisierung vollzogen habe, hat Andreas Rödder als eine weit in zukünftige Erörterungen der Wissenschaft reichende Frage frühzeitig aufgeworfen⁶⁰: Hat sich die Geschichtsmacht des Nationalen gleichsam quer zu den Strömungen der Moderne noch einmal behauptet? War die Wiedervereinigung vielleicht nur ein politisches Ziel und somit auch eine historische Zäsur für die sogenannte „classe politique“ in der Bundesrepublik Deutschland, aber kaum für deren Bevölkerung, die längst jenseits der Enge des alten Nationalstaats im breiten Strom der Postmoderne mitschwimmt?
Mit diesen Fragen wird ohne Zweifel ein zentrales Problem benannt. Gerade in seinem Kontext sind freilich drei maßgebliche Tatbestände nicht zu übersehen: Zum einen hat die Mehrheit der Bevölkerung der inzwischen untergegan-

⁵⁵ Vgl. dazu Rödder, Bundesrepublik Deutschland, S. 152.

⁵⁶ Ebenda.

⁵⁷ Ebenda.

⁵⁸ Ebenda.

⁵⁹ Vgl. dazu Biermann, Zwischen Kreml und Kanzleramt, S. 17.

⁶⁰ Vgl. Andreas Rödder, „Durchbruch im Kaukasus“? Die deutsche Wiedervereinigung und die Zeitgeschichtsschreibung, in: Jahrbuch des Historischen Kollegs 2002, S. 137–140.

genen DDR über ihre Forderungen nach den Segnungen der westlichen Zivilisation hinaus die nationale Einheit geradezu stürmisch verlangt. Zum anderen ist die Wiedervereinigung auch vor dem Entscheidungsjahr 1989/90 in der Öffentlichkeit der Bundesrepublik Deutschland „ein latentes Thema geblieben: aktualisierbar“⁶¹ also. Und zum dritten steht für die alten Nationalstaaten Europas ebenso wie für die neue Weltmacht der Vereinigten Staaten von Amerika die Vereinbarkeit von Nation und Moderne ganz außer Frage. Mehr noch: Es ist gerade jene Identität von Macht und Kultur, von Herrschaft und Idee, von Ausdehnungstrieb und Missionsauftrag, die seit den Tagen der spanischen Universalmonarchie über die hegemonialen Anläufe der Franzosen, über das britische Empire bis hin zur Pax Americana den in der Welt führenden Rang einer großen Macht konstituiert.

3. Was aber die Vereinigten Staaten von Amerika angeht, so gab es für ihre politischen Führer im Zeichen der imperialen Präsidentschaft von George Bush keinen Zweifel mehr daran, „das Spiel gewinnen“⁶² zu wollen, also das „Great Game“ der globalen Kontrahenten in die „Great Transition“⁶³ der Welt zu überführen, Europas Spaltung auf friedlichem Weg zu überwinden und das geteilte Deutschland wieder zu vereinen – ohne Wenn und Aber und zu amerikanischen Bedingungen, also innerhalb des um nichts, es sei denn um den unwahrscheinlichen Fall des Krieges, aufzugebenden Rahmens der NATO, auf gar keinen Fall aber als einen neutralen Faktor der Staatenwelt.
4. Und die Deutschen mit Bundeskanzler Helmut Kohl an ihrer Spitze zeigten sich, anders als oftmals zuvor im Verlauf ihrer windungsreichen und problematischen Geschichte, in der Entscheidungslage des Jahres 1989/90 einmal nicht zögernd, zaudernd und unentschlossen. Vielmehr handelte der verantwortliche Repräsentant der Bundesrepublik Deutschland, der seit seinem unbeirrten Festhalten am sogenannten NATO-Doppelbeschluss zu Beginn seiner Regierungszeit die Grundlagen für das Kommende gelegt hatte⁶⁴, nach tastenden Anfängen und in engem Einvernehmen mit den Amerikanern, auf die fast alles ankam, ebenso überlegt wie entschlossen und zielgerichtet. Durch keine „Nebenaußenpolitik“ oppositioneller Kräfte von seinem Weg abzubringen⁶⁵, wurde die anfänglich unklare Idee der „konföderative[n] Strukturen zwischen beiden Staaten in Deutschland [...] mit dem Ziel, eine Föderation, das heißt eine bundesstaatliche Ordnung in Deutschland zu schaf-

⁶¹ Tilman Mayer, Warum es zur Wiedervereinigungschance kam, in: Wiedervereinigung Deutschlands. Festschrift zum 20jährigen Bestehen der Gesellschaft für Deutschlandforschung, hrsg. von Karl Eckart, Jens Hacker und Siegfried Mampel, Berlin 1998, S. 234.

⁶² Zelikow/Rice, Sternstunde der Diplomatie, S. 302 f.

⁶³ Vgl. Raymond L. Garthoff, The Great Transition. American-Soviet Relations and the End of the Cold War, Washington 1994.

⁶⁴ Vgl. dazu Hanns Jürgen Küsters, Mit Naturnotwendigkeit eintretende Veränderungen – Oder: Was die Regierung Kohl zum Mauerfall beitrug, in: Historisch-Politische Mitteilungen. Archiv für Christlich-Demokratische Politik 9 (2002), S. 141–160.

⁶⁵ Rödder, Bundesrepublik Deutschland, S. 151.

fen“⁶⁶, von der noch im berühmten „Zehn-Punkte-Programm“ vom 28. November 1989 die Rede war, binnen erstaunlich kurzer Zeit mehr und mehr aufgegeben zugunsten des erklärten Ziels der nationalen Wiedervereinigung. „Aus dem Taktiker der Macht“, urteilt der Helmut Kohl alles andere als unkritisch begegnende Historiker Heinrich August Winkler, „war ein Staatsmann geworden: Im entscheidenden Augenblick handelte er derart zielbewußt, instinktsicher und souverän, daß die Erinnerung an seine zahlreichen Ungeschicklichkeiten, Fehler und Schwächen dahinzuschwinden begann.“⁶⁷

Geraume Zeit noch bestehende Zweifel über den zukünftigen Status der untergehenden DDR im Rahmen eines wiedervereinigten Deutschland – integrierte oder differenzierte NATO-Mitgliedschaft – wurden durch die resolute Entscheidung der Amerikaner, die Helmut Kohls prinzipieller Disposition in dieser zentralen Frage so vorteilhaft entgegenkam, für eine volle, uneingeschränkte Zugehörigkeit der Deutschen zur NATO definitiv ausgeräumt: Die Westbindung hatte zur Wiedervereinigung geführt, Helmut Kohl war zu vollen Vergnügen, was unter Konrad Adenauer eingeleitet worden war, nämlich „Einheit in Freiheit“ zu gewinnen.

Im Zusammenhang mit der deutschen Rolle im internationalen Vorgang der nationalen Wiedervereinigung werden immer wieder zwei Deutungen des Gesamten erörtert, die inzwischen als problematisch, weil nur in bedingtem, aber nicht im wesentlichen Maße zutreffend, entlarvt worden sind: Das ist zum einen, wie Andreas Rödder abgekürzt formuliert hat⁶⁸, die „Bürgerbewegungs-Legende“, und das ist zum anderen die „Kaukasus-Legende“. Der ersten zufolge trat, wie es beispielsweise Heinrich Potthoff erscheint, „für eine kurze Zeit [...] das Volk aus seiner passiven Rolle heraus, bestimmte weitgehend das Gesetz des Handelns und riß wie ein reißender Strom Politik und Politiker mit“⁶⁹. Der anderen zufolge sei „der entscheidende Schritt in die Einheit Deutschlands“ bei dem Treffen zwischen Gorbatschow und Kohl am 15./16. Juli 1990 im kaukasischen Archys getan worden. In diesem Sinne hat der seinerzeit eng am Geschehen beteiligte Bundesminister für besondere Aufgaben und Leiter des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Hans Klein, sein Urteil in die titelwirksamen Worte gefaßt: „Es begann im Kau-

⁶⁶ Kohl, „Ich wollte Deutschlands Einheit“, S. 159, sowie: „Zehn-Punkte-Programm zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas, vorgelegt von Bundeskanzler Helmut Kohl in der Haushaltsdebatte des Deutschen Bundestages am 28. November 1989 (gekürzt), in: Europa-Archiv 44 (1989), S. D 732.

⁶⁷ Winkler, *Der lange Weg nach Westen*, S. 526.

⁶⁸ Rödder, *Bundesrepublik Deutschland*, S. 153; vgl. dazu auch ders., *Staatskunst statt Kriegshandwerk. Probleme der deutschen Vereinigung von 1990 in internationaler Perspektive*, in: *Historisches Jahrbuch* 118 (1998), S. 223–260, sowie ders., *Zeitgeschichte als Herausforderung: Der Weg zur deutschen Einheit*, in: *Historische Zeitschrift* 270 (2000), S. 669–687, und ders., „Breakthrough in the Caucasus“? German Reunification as a Challenge to Contemporary Historiography, in: *German Historical Institute London, Bulletin* XXIV (2002), S. 735. Vgl. zudem Anmerkung 60.

⁶⁹ Heinrich Potthoff, *Im Schatten der Mauer. Deutschlandpolitik 1961 bis 1990*, Berlin 1999, S. 343.

kasus.“⁷⁰ Beide Interpretationen sind von Andreas Rödder überzeugend in Frage gestellt und differenziert widerlegt worden⁷¹; als das zum einen verständliche Verlangen nach „der endlich geglückten demokratischen Revolution von unten“ und als der zum anderen plausible Wunsch nach der schließlich auch einmal „geglückten ‚großen Politik‘ in Deutschland“⁷². Ohne die partielle Bedeutung beider Elemente für den Verlauf der Geschichte auch nur im entfernten zu unterschätzen, ist doch gar nicht zu übersehen, daß jenseits einer auf Deutschland fixierten Betrachtung der Dinge, wie eh und je für die Entwicklung der deutschen Frage, die Bewegungen der Staatenwelt für den Prozeß der nationalen Wiedervereinigung ausschlaggebend gewesen sind: In diesem Sinne hat die amerikanisch-sowjetische Einigung über Deutschlands Zukunft als geeinter Nationalstaat und als integriertes Mitglied der NATO, die nicht zuletzt beim Gipfelgespräch in Washington am 31. Mai 1990 erzielt worden ist, entscheidend gewirkt.

5. Aus welchen Gründen die DDR zusammengebrochen ist und warum sich ihre verunsicherte Führung nicht mehr zu einer „chinesischen Lösung“ des gewaltsamen Vorgehens gegen die sich erhebende Bevölkerung ihres Staates entschließen konnte⁷³, verweist umgehend auf
6. die Frage nach den Gründen für die entsprechenden Entscheidungen der zusammenbrechenden Sowjetunion, für ihr allmählich artikuliertes Einverständnis mit der deutschen Wiedervereinigung und für ihre schließlich bekundete Nachgiebigkeit gegenüber einer Zugehörigkeit des gesamten Deutschland zur NATO: Amerikanischer Druck im neu entfachten Kalten Krieg; das demokratische bzw. nationale Aufbegehren in den ostmitteleuropäischen Staaten und bald darauf bei den unter sowjetische bzw. russische Herrschaft gezwungenen Völkern des kolonialen Reiches; das wirtschaftliche Versagen; die technologische Unterlegenheit, nicht zuletzt im Bereich der Waffentechnik; die freiheitliche Einflüsse unaufhaltsam transportierenden Kommunikationsmittel; kurzum: die unwiderstehliche Mischung aus Macht und Ideen, die zermürbende Abfolge von Entspannung und Attacke, mit der die Vereinigten Staaten von Amerika ihren globalen Konkurrenten überzogen, zwangen die Sowjetunion in die Knie. Diese historische Tatsache und Michail Gorbatschows damit zusammenhängende, gleichwohl autonome Entscheidung, auf Gewalt zur Behauptung der äußeren Grenzen des sowjetischen Imperiums zu verzichten, erklären im übrigen, jedenfalls weitgehend, warum es in der wankenden DDR nicht zu einem Massaker wie dem vom Peking Tienanmen-Platz gekommen ist⁷⁴.

⁷⁰ Vgl. Hans Klein, *Es begann im Kaukasus. Der entscheidende Schritt in die Einheit Deutschlands*, Berlin/Frankfurt a. M. 1991.

⁷¹ Vgl. dazu Anmerkung 68.

⁷² Rödder, *Bundesrepublik Deutschland*, S. 153.

⁷³ Vgl. dazu Joachim Scholtyseck, *Die Außenpolitik der DDR*, München 2003, S. 46–52 u. S. 123–134.

⁷⁴ Vgl. zu einer anderen Deutung für den Verzicht der DDR-Führung auf eine „chinesische Lösung“ Hermann Wentker, *Die Staatsräson der DDR*, in: *Staatsräson in Deutschland*, hrsg. von

Daß ein großer Plan im Sinne intentionalen Handelns die sowjetische Führung und Michail Gorbatschow allen voran geleitet habe, nämlich die zur Last gewordenen Satrapien des längst überbürdeten Reiches bewußt aufzugeben und den Deutschen die Wiedervereinigung zu gewähren, um auf diesem Weg, ganz kalkuliert also, entlastenden Vorteil zu nehmen, ist, jedenfalls nach dem gegenwärtigen Stand unserer Kenntnis, eher unwahrscheinlich. Wahrscheinlich ist vielmehr, daß die in sich alles andere als einige Führung der Sowjetunion von den sich überstürzenden Ereignissen, vom Unkontrollierbaren der Entwicklung getrieben worden ist und in hastiger Improvisation versucht hat, von Rückschlag zu Rückschlag sozusagen, das jeweils Beste aus den sich überschlagenden Situationen zu machen.

Das festzustellen darf freilich nicht einer neuen Legende den Boden bereiten: Die deutsche Wiedervereinigung, die mit der Transferierung von viel Geld, von knapp 60 Milliarden DM, einherging, ist gleichwohl alles andere als ein gigantischer Kaufakt der Weltgeschichte gewesen. Denn mit Geld läßt sich Macht, solange sie mit dem entschiedenen Willen zu ihrem Einsatz verbunden ist, niemals zum Verschwinden bringen. Mit anderen Worten: Der Sowjetunion war der politische Wille, ihre im Gefolge des Zweiten Weltkriegs gemachte Beute, ihre deutsche ebenso wie ihre europäische, zu behaupten, längst abhanden gekommen, so daß der bereits vollzogene Verzicht schließlich und endlich nur noch vergoldet wurde⁷⁵. Das heißt aber auch: Die Debatte um Michail Gorbatschows Rolle und „Charakterbild“ in der Geschichte des zu Ende gehenden 20. Jahrhunderts wird andauern. Die einen verurteilen ihn als denjenigen, der ein Weltreich verspielt, und die anderen würdigen ihn als denjenigen, der den Weltfrieden gerettet habe. Daß das eine, die Opferung des Imperiums, mit dem anderen, der Abwendung eines möglichen Krieges, ohne Zweifel zu tun gehabt hat, liegt dabei auf der Hand.

7. Frankreichs Haltung gegenüber der in den achtziger Jahren erneut in Bewegung geratenen deutschen Frage, konkret: François Mitterrands uneindeutiger Kurs im Banne der auf die Wiedervereinigung zueilenden Weltgeschichte wird die Forschung mit Sicherheit noch lange und intensiv beschäftigen. Das Erbe der großen Revolution von 1789, Freiheit und Selbstbestimmung der Völker als verpflichtend anzuerkennen sowie Demokratie und Nation als unteilbar zu begreifen, veranlaßten den französischen Staatspräsidenten zu einer grundsätzlichen Befürwortung der deutschen Einheit; machtpolitisches Interesse und historische Erfahrung seines Landes aber sprachen dagegen. So lange wie die Sowjets bei ihrem unumstößlichen „Njet“ zur deutschen Wiedervereinigung blieben, konnte Frankreich, vergleichsweise problemlos, scheinbar dafür sein.

Günther Heydemann und Eckart Klein, Berlin 2003, S. 157, wo es heißt: „Ihre ökonomische Abhängigkeit vom Westen trug zweifellos dazu bei, daß die DDR-Führung aufgrund der unkalkulierbaren finanziellen Folgen im Herbst 1989 nicht zu einer ‚chinesischen Lösung‘ griff.“

⁷⁵ Vgl. dazu auch Ulrich Albrecht, Die internationale Regelung der Wiedervereinigung. Von einer „No-win“ Situation zum raschen Erfolg, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament B 40/96 vom 27. 9. 1996, S. 10 f.

Als die Russen davon abrückten und schwach wurden, fühlten die Franzosen sich ihrerseits nicht stark genug, um – gegen den Willen der Amerikaner zumal – allein mit den Briten gegen Deutschland Front zu machen. Aus Furcht davor, am Ende isoliert dazustehen und mit den nach wie vor gefürchteten Deutschen allein gelassen zu werden, willigte François Mitterrand in das Unvermeidliche ein. Und mit dieser historischen Entscheidung gelang es ihm immerhin, Idee und Macht, Deutschlands Selbstbestimmung und Frankreichs Sicherheit vorteilhaft miteinander auszugleichen, indem er das wiedervereinigte Deutschland über die auch für ihn elementare NATO-Bindung hinaus im französischen Interesse, nicht zuletzt im währungspolitischen Zusammenhang, fest an die Europäische Union gebunden hat.

8. Ganz anders verhielt sich das einer Wiedervereinigung gegenüber unversöhnliche England unter Führung seiner Premierministerin Margaret Thatcher. Ohne Wenn und Aber kämpfte die „Eiserne Lady“, anders als ihr sich viel früher ins Übermächtige der Entwicklung schickender Außenminister Douglas Hurd, beinahe bis zur letzten Stunde gegen den Vollzug der deutschen Einheit. Vergeblich spekulierte die britische Regierungschefin darauf, es könne ihr gelingen, Demokratie und Nation, das siamesische Zwillingsspaar der westlichen Moderne, voneinander zu trennen, also der DDR die erforderliche Freiheit zu schenken, den Deutschen aber die nationale Einheit vorzuenthalten. Allein, die Wirkungskraft der doppelten Idee war unteilbar; die Macht Englands dagegen, ohne ein sich der deutschen Wiedervereinigung widersetzen- des Rußland, ohne die von London angestrebte Achse mit den Franzosen und ohne amerikanisches Einverständnis mit der britischen Position, reichte längst nicht mehr aus, um dem Rad der Entwicklung in die Speichen zu greifen. Daher gab sich Margaret Thatcher mit der gelungenen NATO-Integration des wiedervereinigten Deutschland, ohne es im Grunde so recht sein zu können und zu wollen, am Ende insofern zufrieden, als die westliche Allianz den Briten vor den möglichen, ja von der Premierministerin als sicher erwarteten Herausforderungen des neuen Deutschland, in dessen Existenz sie bevorzugt die verdächtige Tradition des alten Bismarck-Reiches erblickte, Schutz zu bieten versprach.

Daß schließlich auch die Europäische Union mit ihrem französischen Präsidenten Jacques Delors an der Spitze ebenso wie andere Staaten im alten Europa, jene der deutschen Wiedervereinigung so freundlich entgegenkommenden Spanier etwa, die allerdings weit weg waren vom Geschehen im Zentrum des Kontinents, oder die sperrig reagierenden Polen, die lange um ihre Westgrenze fürchteten, ihre historische Rolle im säkularen Zusammenhang gespielt haben, sei der Vollständigkeit halber erwähnt: Das zu tun verweist gleichzeitig auf Desiderate und Perspektiven, die abschließend benannt seien, wenn es darum geht, Stand und Erträge der Forschung zur Geschichte der deutschen Wiedervereinigung kursorisch zu resümieren.

Perspektiven und Desiderate der Forschung

1. Die internationale Entwicklung während der achtziger Jahre des 20. Jahrhunderts, vor allem im Epochenjahr 1989/90, kann vor dem Hintergrund des Kalten Krieges, der amerikanisch-sowjetischen Konkurrenz im 20. Jahrhundert und der Auseinandersetzung um Hegemonie und Gleichgewicht in der europäischen und atlantischen Neuzeit als ein Lehrstück für das gelten, was Geschichte konstituiert, nämlich das Unvorhersehbare und schwer Verfügbare durch Entscheidungen und Handeln allmählich zu gestalten, also Zufall und Absicht, Notwendigkeit und Freiheit, Struktur und Individualität miteinander auszugleichen.
2. Macht und Idee, das zeigt diese historische Parabel aus jüngster Zeit, sind wie eh und je diejenigen Elemente, welche die Geschichte bewegen: Macht ohne Idee ist blind, Idee ohne Macht bleibt wirkungslos. Der Sowjetunion kam zuerst ihre Idee abhanden, dann folgte die Macht; zurück blieben Ohnmacht und Ideenarmut; gefüllt aber wurde dieses geschichtliche Vakuum durch eine Besinnung auf die Nation und Tradition Rußlands.
Die Vereinigten Staaten von Amerika dagegen haben es verstanden, die Idee der unteilbaren Freiheit mit ihrer Macht zur friedlichen Expansion zu verbinden, so daß sie im säkularen Ringen der historischen Potenzen obsiegten, vorläufig jedenfalls. Denn auf Dauer ruft jede große, geschweige denn universale Macht gleichsam selbsttätig Gegenmacht auf den Plan; taucht regelmäßig die Versuchung auf, der eigenen Hybris zu erliegen, weil das Überdauern einer sich ins Imperiale erweiternden Hegemonie zunehmend schwierig wird: „Wer [...] einer Gesamtheit Größe, Macht, Glanz verschafft“, hat bereits Jacob Burckhardt warnend festgestellt, „dem wird das Verbrechen nachgesehen, namentlich der Bruch abgerungener politischer Verträge, [...] nur muß man dann fortfahren, groß zu sein, und wissen, daß man auch den Nachfolgern das fatale Legat hinterläßt, Genie haben zu müssen, um das gewaltsam Gewonnene so lange zu behaupten, bis alle Welt daran als ein Recht gewohnt ist.“⁷⁶
Vor diesem so gründlich veränderten Hintergrund der Weltpolitik aber muß der Nationalstaat des wiedervereinigten Deutschland, souverän und integriert in einem, mit den Notwendigkeiten der Staatenwelt und der Moderne zum Ausgleich finden; muß sich, wenn es darauf ankommt, unzweideutig entscheiden und die außenpolitische Option der Neutralität um beinahe jeden Preis vermeiden. Nur so, im integrierten Zusammenhang der westlichen Welt, läßt sich, auf absehbar lange Zeit jedenfalls, die den Erfordernissen der modernen Zeit angepaßte, gezähmte und eingehegte Souveränität als das kostbare Ergebnis der wiedervereinigten Nation auch zukünftig bewahren.
3. Auch im Zeichen der sogenannten Globalisierung ist und bleibt die Nation, ja der Nationalstaat – das ist die Lehre, die sich vor dem Hintergrund des „Pluri-

⁷⁶ Jacob Burckhardt, *Die Historische Größe*. Mit einem Nachwort von Rudolf Stadelmann, Krefeld 1947, S. 50.

versums⁷⁷ der Staatenwelt aus den historischen Begebenheiten der deutschen Wiedervereinigung ableiten läßt – verbindlicher und letzter Maßstab staatlichen und internationalen Handelns. Die Auseinandersetzung der überkommenen, traditionellen Werte des Nationalen mit den mannigfachen, verwirrenden Tendenzen der Moderne repräsentiert dabei den zentralen Gegenstand politischer Aktion und historischer Betrachtung.

4. Obwohl Deutschland und das deutsche Problem 1989/90 wieder einmal im Zentrum der Weltpolitik gestanden haben, sind die Deutschen doch, alles in allem jedenfalls, diesmal eher Objekte als Subjekte der Weltgeschichte gewesen. Diese Feststellung gilt allerdings nur der vorwaltenden Tendenz nach und bedarf der einschränkenden Ergänzung: Zu mehr als nur zu abgeleiteter, sondern vielmehr zu eigenständiger, mithin autonomer Bedeutung, zu einem Subjekt im weltgeschichtlichen Prozeß der Wiedervereinigung stieg Bundeskanzler Helmut Kohl ohne Zweifel dadurch auf, daß er sich dafür entschied, die von der historischen Entwicklung, durch das Handeln, Gewährenlassen und Unterlassen der großen Mächte, durch ihre Aktionen und Reaktionen so überraschend gebotene Chance tatsächlich zu nutzen, daß er also die geschichtlich einmalige Gelegenheit, beherzt und entschlossen, ergriffen hat. In diesem Zusammenhang avancierte er zu einer unverwechselbaren, gewiß auch unersetzbaren Potenz *sui generis* – und das nicht zuletzt deshalb, weil ein anderer an seiner Stelle auf diese unerwartete Herausforderung der Weltgeschichte möglicherweise anders, vielleicht sogar ganz anders reagiert hätte: Angesichts der innenpolitischen Lage in der alten Bundesrepublik wäre die deutsche Reaktion auf die historische Chance, welche die Staatenwelt für einen geschichtlichen Augenblick so unvermutet bereitgestellt hat, wahrscheinlich so ausgefallen, daß die nationalstaatliche Wiedervereinigung eher unterblieben und die Singularität der außergewöhnlichen Konstellation ungenutzt verstrichen wäre.

Allein, von dieser maßgeblichen, bis in das Wesentliche der Vorgänge reichenden Rolle des verantwortlichen Staatsmannes in Deutschland einmal abgesehen, wurden die Bedingungen für die Lösung der deutschen Frage jedoch weitgehend von außen präformiert, also durch die Entscheidungen anderer im Rahmen der Staatenwelt. Gewiß, es waltete keine blinde Zwangsläufigkeit einer internationalen Mechanik, wohl aber gab es eine spürbare Abhängigkeit von deren Entwicklungen, die den Repräsentanten in Deutschland, allen voran Bundeskanzler Helmut Kohl, jedoch nicht nur frei zu entscheiden erlaubten, sondern ihnen dazu gerade die Möglichkeit einräumten, die diese genutzt und nicht vertan haben.

5. Wie nach seiner Begründung im Jahr 1871 sieht sich der deutsche Nationalstaat auch nach seiner Wiedervereinigung im Jahr 1990 einem Grundproblem der all-

⁷⁷ Carl Schmitt, *Der Begriff des Politischen*, Berlin 1954 (Text von 1932), S. 54: „Die politische Welt ist ein Pluriversum, kein Universum.“ Vgl. dazu Josef Isensee, *Die vielen Staaten in der einen Welt – eine Apologie*, in: *Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften* 1 (2003), S. 7–31.

gemeinen Geschichte gegenüber, das im Verlauf der deutschen Entwicklung auf ihrem Weg von Bismarck zu Hitler in spezifischer Form, nämlich nicht selten verhängnisvoll, zutage getreten ist: Dabei geht es um das zentrale Verhältnis von gesellschaftlichen Bedingungen und politischen Entscheidungen.

Beim Übergang vom Bismarck-Reich zum Wilhelminischen Deutschland beispielsweise machten sich unverkennbar mächtige Tendenzen wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Provenienz bemerkbar, die den bis dahin respektierten Rahmen innen- und außenpolitischer Verfaßtheit sprengten, ja die im Rahmen der Staatenwelt eine fatale Neigung zum Expansiven, zum Revolutionären, zum Kriegerischen entwickelten. Gleichwohl führte diese prima vista so übermächtige Struktur alles andere als zwangsläufig zu jener unruhigen Kraftmeierei der äußeren Politik des Kaiserreichs, die vielmehr, natürlich im Rahmen der zeittypischen Verhältnisse, letztlich doch auf den Entscheidungen Verantwortlicher beruhte.

Heute lassen sich, was die Vereinbarkeit von Innen- und Außenpolitik, von innerer und internationaler Disposition angeht, vorteilhafte Aussichten beobachten, die eine Kongruenz von Nation, Gesellschaft und Demokratie, von Freiheit, Einheit und Frieden begünstigen können. Allein: auch eine solche Struktur des Gesamten garantiert keineswegs automatisch das künftige Heil, das ebenso wie das jederzeit mögliche Unheil, zu maßgeblichen Teilen jedenfalls, politischen Entscheidungen unterliegt.

Für die längst vergangene Zeit ist also ebenso wie für unsere Gegenwart dies nach wie vor gültig: Nicht die Existenz überpersönlicher Bedingungen ist in einem gleichsam selbsttätigen, sozusagen blinden Verfahren für die Entwicklung äußerer Politik verantwortlich; vielmehr wird darüber, wie stets zuvor in der Geschichte und überall anders auf der Welt, durch Entscheidungen bestimmt – nicht unabhängig von den allgemeinen Verhältnissen, aber auch nicht durch diese determiniert, sondern in dem einmal großzügiger und einmal sparsamer zur Verfügung stehenden Handlungsspielraum zwischen Notwendigkeit und Freiheit. Mit der Klugheit und Richtigkeit solcher Entscheidungen aber hat es maßgeblich zu tun, ob sich Wünsche, die in Erfüllung gegangen sind, nach geraumer Zeit als eine Vollendung des Erhofften oder als das Gegenteil davon zu erkennen geben.

6. Um – nicht zuletzt auch im vergleichenden Blick auf die Geschichte der Reichsgründung von 1870/71 – einen entsprechenden Kenntnisstand über die Geschichte der Wiedervereinigung von 1989/90 zu erlangen, ist noch sehr viel Forschung zu leisten erforderlich: in bezug auf die Veröffentlichung und Bearbeitung der einschlägigen Archivalien; in bezug auf die Sichtung und Auswertung der bereits publizierten Materialien; und schließlich in bezug auf die kaum abschätzbare Vielzahl noch ausstehender Monographien über die diversen bilateralen und multilateralen Staatenbeziehungen sowie über die Absichten und Aktionen der dramatis personae.
7. Aus den Herausforderungen des Entscheidungsjahres 1989/90 ergeben sich für die Orientierung der Geschichtswissenschaft wesentliche Konsequenzen,

auf die schon sehr früh Gerhard A. Ritter hingewiesen hat: „Die Offenheit, die Unberechenbarkeit der Geschichte ist in einer Weise deutlich geworden“, gibt der Münchener Historiker zum einen zu bedenken, „die die Historiker zu mehr Demut bei der Darstellung und der Analyse von Geschichtsabläufen veranlassen sollte. Allzu oft neigen wir dazu, das, was geschah, als das einzig mögliche anzusehen und die Geschichte in diesem Lichte zu deuten. Die Ereignisse von 1989/91 zeigen dagegen, daß in der Geschichte Zufälle eine große Rolle spielen und daß krasse Richtungsänderungen, die man vorher für undenkbar hielt, durchaus möglich sind. Geschichte geht nicht auf; sie läßt sich auch nicht hochrechnen. Die Wirklichkeit ist widersprüchlich, sie ist durch Überlagerungen und Verschränkungen, durch Vereinbarung des scheinbar nicht zu Vereinbarenden gekennzeichnet, und sie ist voller Überraschungen.“⁷⁸

Und zum anderen stellt der weitblickende Autor fest, daß „die Rolle der politischen Geschichte und der Ereignisgeschichte, aber auch die der Biographie [...] durch den Umbruch 1989/91 eine Aufwertung erfahren“⁷⁹ haben, der die künftige Akzentuierung der Forschung dringend Rechnung tragen muß – so lange jedenfalls, bis die wesentlichen Probleme und Zusammenhänge geklärt sind und bevor eine „kulturalistische“ Geschichtsschreibung sodann dazu übergehen kann, auf ihre selbstverständlich „innovative“ Art und Weise zu zeigen, wie es eigentlich nicht gewesen ist.

⁷⁸ Gerhard A. Ritter, *Der Umbruch von 1989/91 und die Geschichtswissenschaft*, München 1995 (Bayerische Akademie der Wissenschaften. Philosophisch-Historische Klasse. Sitzungsberichte – Jahrgang 1995, Heft 5), S. 23.

⁷⁹ Ebenda.